

Basel und Genf, 16. Juni 1998

Pressecommuniqué zum 16. Juni - Jahrestag des Soweto Massakers

**Auftakt zur Kampagne über Folgekosten der Apartheid im Südlichen Afrika:
Schuldenstreichung und Entschädigung gefordert**

Auf Initiative von Südafrikanischen NGOs haben sich mehrere Organisationen aus dem In- und Ausland entschieden, eine Kampagne zu den von der Apartheid verursachten Schulden und Schäden aufzubauen. Beiliegendes Statement der Südafrikanischen Nationalen NGO Koalition (SANGOCO) bildet die Grundlage der internationalen Kampagne. Die wichtigsten Punkte sind:

- Die Gewährung von Krediten und Anleihen an das Apartheidregime war illegitim. Für deren Rückzahlung darf das demokratische Südafrika heute nicht verantwortlich gemacht werden.
- Die Nachbarländer haben sich infolge der Destabilisierungspolitik des Apartheidregimes verschuldet sowie schwere soziale und ökonomische Schäden erlitten. Eine Rückzahlung dieser vom Krieg verursachten Schulden zu verlangen, ist unfair.
- Die bereits erfolgte Rückzahlung der mit der Apartheid verbundenen Anleihen ist auf Kosten der Bevölkerung geschehen. Dieses Geld soll für den Wiederaufbau des Südlichen Afrikas zurückgegeben werden.
- Unternehmen und Banken, welche die internationalen Sanktionsforderungen während der Apartheid ignorierten, sollen für die Profite aus jener Zeit, Entschädigung an die Bevölkerung des Südlichen Afrikas bezahlen.
-

SANGOCO ruft ihre Partnerorganisationen auf, sich dafür einzusetzen, dass Konzerne, Banken und internationale Institutionen mit den Vertreterinnen des südlichen Afrikas über Entschädigungen und die Streichung der Schulden verhandeln.

Die Opfer der jahrzehntelangen Menschenrechtsverletzungen in Südafrika und den umliegenden Länder sollen nach Abschaffung des totalitären und rassistischen Regimes nicht erneut benachteiligt werden.

Wegen fehlender Finanzen wird heute im Südlichen Afrika Millionen von Menschen das Recht auf elementare Gesundheitsversorgung und Schulbildung vorenthalten. **Es ist ungerecht und absurd zu verlangen, dass sie für Schulden, die zu ihrer Unterdrückung aufgenommen worden sind, zahlen müssen. Die Banken und Unternehmen haben diese Kredite entgegen den Interessen der Bevölkerung Südafrika gegeben und haben das Apartheidregime in seiner Destabilisierungs-, Unterdrückungs- und Zerstörungspolitik gestärkt.** Personen und Institutionen, die von der Apartheid profitiert haben, sind für die heutige Lage im Südlichen Afrika mitverantwortlich: **Die Schulden sollen gestrichen und die Opfer entschädigt werden.**

Beiliegendes *Statement* der südafrikanischen NGO-Koalition wird unterstützt von folgenden Organisationen:

In der Schweiz: MB Südliches Afrika, Afrika-Komitee, Aktion Bundesschluss mit Südafrika, Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt, Arbeitsgruppe Kairos der Theologischen Bewegung für Solidarität und Befreiung, Arbeitsgruppe Südliches Afrika IEHM, Association pour un commerce equitable a Genève (ACEG), CETIM (Centre Europe Tiers Monde), CO-OPERAID, COTMEC (Commission Tiers Monde de l'Eglise catholique), Le COURRIER, DM – Echange et Mission (Departement Missionnaire des Eglises protestantes de la Suisse romande), E-Changer, Eirene (service chretien pour la paix), Erklärung von Bern (Zürich und Lausanne), FEPA (Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika), Groupe Eglises – Nouvelle Afrique du Sud, Forum für Friedenserziehung, Freundeskreis Schweiz-Zambia, GVOM (Groupe Volontaires Outre-Mer), Jeunesse Etudiante Chretienne a Geneve (JEC), Jeunesses socialistes genevoises, Madep-ACE (Action catholique des enfants), Südafrika-Mission (Basel), Table ronde «Afrique australe» des Schweizerischen Katholischen Missionsrates, Verein Solidarität mit Moçambique, Wochenzeitung (WoZ).

In Deutschland: Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Medico International, Geschäftsstelle KOSA (Koordination Südliches Afrika, 17 NGOs zum Südlichen Afrika), Aktion Bundesbeschluss, Frauen für Gerechtigkeit im Südlichen Afrika, MB (Afrika Süd - Aktionsbündnis, ehemalige Anti-Apartheid Bewegung)

In England: ACTSA (Action for Southern Africa).